

Reform der Kreisparteitage – Mehr Basisdemokratie wagen!

Der Kreisparteitag der SPD Dithmarschen möge beschließen:

Der Kreisvorstand wird damit beauftragt bis zum nächsten ordentlichen Kreisparteitag eine Satzungsänderung vorzubereiten, welche die Aufhebung des Delegiertensystems auf Kreisparteitagen beinhaltet. An die Stelle eines Delegiertensystems soll eine Mitgliederversammlung treten, bei der alle SPD-Mitglieder stimmberechtigt sind.

Ein Antragsrecht soll auch für engagierte Bürgerinnen und Bürger beim Kreisparteitag ermöglicht werden. Zusätzliches Rederecht soll auf dem Parteitag beantragt werden können, worüber alle anwesenden SPD-Mitglieder abstimmen sollen können.

Um eine ortsunabhängige Zusammensetzung zu gewährleisten sollen Fahrkosten vom Kreisverband übernommen werden und eine digitale Fahrbörse auf der Homepage des Kreisverbandes eingerichtet werden.

Eine Antragskommission wird im Zuge einer Mitgliederversammlung unnötig und entfällt.

Begründung:

Eine Abschaffung des Delegiertensystems und die Entwicklung zu einer Mitgliederversammlung auf Kreisebene bieten viele Chancen für den Kreisverband. Es ist ein Anreiz und eine Verantwortung für den Kreisvorstand Kreisparteitage so spannend zu gestalten, dass Genossinnen und Genossen ihre Freizeit opfern um die Partei mitzugestalten. Denn eine Mitgliederversammlung macht nicht nur den Kreisvorstand für eine ansprechende Gestaltung des Parteitages verantwortlich, sondern erfordert auch die Mitwirkung aller Genossinnen und Genossen, die dafür dann einen unmittelbareren Einfluss auf die Entwicklung der Partei vor Ort haben, als es derzeit der Fall ist.

Das Delegiertensystem hat seine Vorteile auf Kreisebene verloren. Schwindende Mitgliederzahlen und Ortsvereine, die keine Beteiligung ihrer gewählten Delegierten sicherstellen können, kennzeichnen die aktuelle Lage. Mehr Basisdemokratie und direkte Partizipation wird von Neumitgliedern laut der Neumitgliederbefragung des SPD Landesverbandes gewünscht und könnte den Kreisverband für diese zusätzlich attraktiv machen sowie zur Mitarbeit anregen.

Ein weiterer Schritt, um mehr in die Gesellschaft zu wirken, ist es Antrags- und Rederecht für Nicht-SPD-Mitglieder zu gewährleisten, denn wer mitdiskutiert möchte in der Regel auch mitentscheiden und seinen Weg in unsere Bewegung finden.

Eine Antragskommission mit ihren Beschlussempfehlungen würde dem basisdemokratischen Geist einer Mitgliederversammlung widersprechen und wir zukünftig nicht benötigt.

Für uns ist Jusos klar: Wir müssen keine Angst vor unseren Parteigenoss*innen und den Bürger*innen haben! Die aufgezeigten Reformvorschläge werden für frischen Wind in unserem Kreisverband sorgen.